

Die Sprache, ein unumgängliches Werkzeug für den öffentlichen Raum in Europa

Robert Joumard, Henri Paraton, Michel Christian & Jean-François Escuit
(Arbeitsgruppe Europaaufbau, Attac Rhône)

21. September 2007

Das politische Leben Europas braucht, um demokratisch zu sein, einen öffentlichen Raum, der die Voraussetzungen für eine wahrhafte, gemeinsame, öffentliche Debatte in Europa bietet, indem er sowohl die Widersprüche als auch die Übereinstimmungen zwischen den Völkern und Bürgern darstellt. Nun ist die Gesellschaft aber in jene geteilt, die sprechen können – diese sind nur in geringer Anzahl vorhanden – und in die Masse, der nichts anderes übrig bleibt als zu schweigen ; in all jene, die informiert sind, weil sie Zugang zu den unterschiedlichen Quellen haben – deren Anzahl ist noch geringer – und in die Masse, die unvollständige, verfälschte, einander gleichende Nachrichten erhält (1).

Es muss für alle das Recht auf pluralistische und widersprüchliche Information geschaffen werden (2). Dieses Recht ist eine wesentliche Bedingung für das demokratische Leben: die europäischen Bürger müssen sich informieren können und auch die anderen europäischen Bürger informieren, denn es liegt an ihnen zu debattieren. Es geht also um das Recht auf Zugang zur Information sowie um das Recht auf Verbreitung von Information.

Bei der Schaffung eines gemeinsamen politischen Raumes stellt sich, neben vielen anderen Aspekten (3), das Problem der Sprachenvielfalt in Anbetracht der Allgegenwart der Sprache in der Tätigkeit des Menschen. Jede Einschränkung einer Debatte innerhalb der linguistischen oder nationalen Grenzen kommt in der Tat der Verteidigung von nationalen Interessen, seien diese auch noch so legitim, gleich. Wir müssen aber über das allgemeine Interesse der Gesamtheit aller Europäer gemeinsam diskutieren. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen sich die Akteure des öffentlichen Raums (Bürger, Presse, Politiker, ...) untereinander verstehen können.

Vom Griechischen zum *Globish*

Die Eliten haben oft eine andere Sprache als das Volk verwendet, um dieses leichter zu beherrschen: das galt für das Griechische in Rom, das Lateinische im Europa des Mittelalters, das Französische in einem Großteil Europas im 18. und 19. Jahrhundert. Heute wurden diese Sprachen durch das Englische ersetzt. Es handelt sich genauer gesagt um das Anglo-Amerikanische, das *Globish*. Das *Globish* ist primär eine *Lingua Franca*, in der man von Tamanrasset bis Peking einen Kaffee bestellen kann, und die dazu dient in Brüssel Offerten einzureichen. Im Unterschied zum Englischen ist es vor allem eine äußerst arme Sprache, die die Armut des Denkens lehrt oder dazu zwingt. Man kann sie vielleicht mit der Sprache des Dritten Reiches vergleichen, einer deutschen Sprache, die sich veränderte, die verarmte, die mit Worten in eine Richtung gelenkt und vergewaltigt wurde wie mit "kleinsten Dosen von Arsen", um zu einer Sprache zu werden, in der ideologische Inhalte vermittelt wurden (4, 5, 6). Ist das *Globish* nicht auch eine Sprache, die im Begriff ist, sich zu verändern, zu verarmen, in eine Richtung gelenkt und vergewaltigt zu werden, um zu einer Sprache zu werden, mit der die Ideologie des Freihandels vermittelt wird, mit der sie durch eine Art natürlicher Solidarität (7) verbunden ist? Das *Globish* ist das Idiom der Welteliten. Diese haben es schrittweise als weltweit verwendete Sprache durchgesetzt und sie wollen damit insgeheim ihre alleinigen Denkschemata durchsetzen. Ist das nicht eine der Methoden, mittels derer sie ihre Herrschaft über die Völker sichern wollen? (8). Der Durchbruch des *Globish* zielt außerdem darauf ab, die Nationalsprachen an den Rand zu drängen und die infranationalen Sprachen aufzuwerten, wie man dies unter anderem in Spanien und Deutschland beobachten kann (9). Die rasante Bewegung in Richtung einer linguistischen Vorherrschaft des Englischen ist, wenn

nichts unternommen wird, gefährlich für die sprachliche und vor allem kulturelle Vielfalt und hat besorgniserregende politische und geopolitische Konsequenzen.

Der Gebrauch dieser Nationalsprache im internationalen Austausch ist für die englischsprachigen EU-Mitglieder Großbritannien und Irland von beträchtlichem Vorteil. Diese Länder spielen natürlich eine wesentliche Rolle bei der Vermittlung ihrer Sprache und tragen, im Gegensatz zu ihren Partnern, keinerlei Übersetzungs- und Dolmetschkosten. Die nichtenglischsprachigen Unternehmen müssen extrem hohe Kosten für professionelle Übersetzungs- und Dolmetschdienste tragen, um zu den gleichen Bedingungen wie ihre englischsprachigen Geschäftspartner arbeiten zu können. Auch ist zu erwähnen, dass zu den direkten Personalkosten noch hohe indirekte und organisatorische Kosten (Verlängerung der Arbeitszeit für die notwendige spätere Phase der Übersetzung ...) hinzukommen. Großbritannien würde zur Zeit, netto gerechnet, mindestens 10 Milliarden Euro pro Jahr gewinnen, ja sogar 18 Milliarden Euro, wenn man den Multiplikatoreffekt verschiedener Komponenten dieser Summe berücksichtigt, sowie den Ertrag dieser freigewordenen Gelder (10). In diese Zahl, die in etwa 1 % des Bruttoinlandsprodukts Großbritanniens entspricht, sind jedoch verschiedene symbolische Auswirkungen nicht mit eingerechnet, wie etwa der Vorteil, den die Muttersprachler der vorherrschenden Sprache in jeder Verhandlungs- oder Konfliktsituation haben, in der ihre Sprache verwendet wird. Diese Summe lässt sich mit dem Budget der EU vergleichen (116 Milliarden Euro 2007) oder mit dem Beitrag Großbritanniens zu diesem Budget, welches sich auf 15 Milliarden Euro beläuft. Es versteht sich von selbst, dass es nicht um die englische Sprache als solche geht, sondern um die linguistische Vorherrschaft, unabhängig davon welches Land oder welche Ländergruppe nun auch immer davon profitiert.

Der anderen gemeinsamen Sprache, dem Esperanto, das vor mehr als einem Jahrhundert entstand, ist bis jetzt kaum der Durchbruch gelungen. Die Vorurteile gegen diese Sprache, die oft auf bloßer Unwissenheit basieren (10), konnten nicht überwunden werden.

Was ist aber nun eine Sprache?

Die Sprachwissenschaftler lehren uns außerdem, dass Sprachen nicht neutral sind. Jede Sprache drückt Begriffe aus, die ihr eigen sind und vermittelt eine bestimmte Weltsicht. In der Tat *Diverse lingue sono atte a significare diversi concetti* (11): seit dem 16. Jahrhundert wissen wir, dass verschiedene Begriffe in verschiedenen Sprachen eine unterschiedliche Bedeutung haben können: Die Vielfalt der Kenntnisse ist an die Sprachenvielfalt gebunden. So verhält es sich mit den Begriffen *laïcité* und *service public*, die die französische Sprache besonders gut auszudrücken vermag, welche jedoch in anderen Sprachen mühsam durch lange Periphrasen übersetzt werden müssen. Dasselbe gilt für das britische *common law*, einer Art mündlichen Rechts, das für einen Nichtenglischsprachigen kaum verständlich ist, oder in einem anderen Bereich für *business plan*, einer Art Unternehmensplan, das im Französischen so übernommen wird, ohne dass der Sinn für die Mehrheit klar ist. Die Geschichte hat ebenfalls eine große Rolle bei politischen Ausdrücken gespielt. Man denke zum Beispiel an die Ausdrücke "*États généraux*" oder "*cahiers de doléances*", die, selbst wenn sie übersetzt sind, für die Mehrheit der Europäer kaum einen Sinn ergeben. Die Wörter "*nation*" oder auch "*peuple*" verweisen auf Begriffe, die nicht nur eine unterschiedliche sondern sogar gegensätzliche Bedeutung haben, wenn sie im Deutschen verwendet werden – mit einer imperialen und ethnischen Konnotation – oder im Französischen, wo sie eine politische Bedeutung von Emanzipation annehmen. Dasselbe gilt im Englischen: wenn man von "*liberté*" redet, bezieht man sich im Französischen sehr oft auf die kollektiv erworbenen Rechte, die im Gesetz verankert und vom Staat garantiert sind. In Großbritannien verweist "*liberty*" ganz im Gegenteil auf die Beschränkung der Rolle der Staatsgewalt. Diese Begriffe und die Sprache, die sie ausdrückt, sind mit dem politischen Kontext verknüpft und wirken sich umgekehrt wieder auf ihn aus (8).

Die Philosophen der Aufklärung und ein Teil der sogenannten analytischen angelsächsischen Philosophie haben sich dieser Besonderheit der Sprachen widersetzt. Die Philosophen der Aufklärung haben gegen die "Vorurteile" gekämpft, die sich in den Sprachen angesammelt haben.

Die Sprachpolitik der Terrorherrschaft (la Terreur) fünf Jahre nach der französischen Revolution ist die politische Fortsetzung davon: sie zielte darauf ab, die semantischen Vorurteile, die sich in den verschiedenen Sprachen in Frankreich angesammelt haben, aber auch jene, die sich in der französischen Sprache selbst befinden, zu zerstören. Dieses letzte Ziel ist fehlgeschlagen: das Französische ist nicht von seinem französischen Charakter gereinigt worden (9). Bei der angelsächsischen Philosophie zählt zumindest tendenziell der Begriff, nicht das Wort und nicht die Sprache. Dieses Allgemeine des Begriffes unabhängig vom Ausdruck, ganz gleich in welches Gewand, in welche Sprache er sich hüllt. Und Übersetzen bedeutet einfach das Gewand zu wechseln. Aber eine allgemeine Charakteristik ist nicht geboren worden.

Im Gegensatz zu diesen Auffassungen sind die Sprachwissenschaftler der Ansicht, dass es die Doppeldeutigkeiten sind, die in jeder Sprache zählen, die jede Sprache charakterisieren: die Doppeldeutigkeiten geben den Wörtern einer Sprache einen Sinn in ihrer literarischen aber auch in ihrer technischen oder politischen Verwendung (4, 12). Und im Extremfall überbewertet der linguistische Nationalismus die Besonderheiten der nationalen Sprache, deren Weltsicht, leugnet, dass die anderen Sprachen genauso wertvoll und genauso reichhaltig sind. Eine Sprache ist also ein bloßes Kommunikationsmittel durch das viele Begriffe übertragen werden können und gleichzeitig ein ideologisches Werkzeug, das besonders geeignet ist, bestimmte Begriffe auszudrücken, andere dagegen nicht.

Linguistische Wege zu einem öffentlichen Raum

Die Herrschaft des Volkes und der Schaffung eines öffentlichen Raumes erfordern es also, dass die Sprachen, die deren Träger sind, es jedem erlauben, sich auszudrücken und verstanden zu werden, ohne ihm auf diesem Weg fremde Begriffe aufzuzwingen und ohne der kulturellen Vielfalt Europas zu schaden. Es ist also ausgeschlossen, den europäischen Bürgern diese oder jene nationale Kultur aufzuzwingen, vor allem, wenn diese Kultur keine europäische sondern im Wesentlichen eine amerikanische ist, was beim *Globish* (13) der Fall ist.

Mehrere nicht ausschließliche Lösungen kommen in Betracht:

- Sich auf ein Englisch zubewegen, das Verkehrssprache ohne Bezug zu einer bestimmten Kultur ist. Aber ist das möglich? Die Linguisten zweifeln sehr daran, wie wir oben sahen und verweisen nachdrücklich auf die Armut des Denkens, die diese Lösung erlaubt. Selbst ein Englisch ohne kulturellen Bezug wird auf jeden Fall immer dem Anglo-Amerikanischen nahe sein. Die wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Kosten der Vorherrschaft einer nationalen Sprache wären beträchtlich.
- Darauf hinarbeiten, dass einige Sprachen in Europa überwiegen: Deutsch, Französisch und Anglo-Amerikanisch (14); aber das würde die Gewichte verteilt kaum verändern und würde die anderen europäischen Sprachen mit der Zeit eliminieren, wobei nicht gesagt wäre, dass dies die Vorherrschaft des *Globish* bremsen würde.
- Die europäischen Empfehlungen verstärken, systematisch zwei Fremdsprachen in jedem Mitgliedsland zu unterrichten, indem es zur Pflicht gemacht wird, oder indem alle Europäer in drei oder vier europäischen Sprachen unterrichtet werden, damit sie die Mehrzahl fließend spricht, wie es z.B. in einem Großteil der afrikanischen Länder der Fall ist. Dieses Szenario wäre wirtschaftlich gesehen genauso kostspielig wie das der Vorherrschaft des Englischen, würde aber die der Gerechtigkeit zuwiderlaufenden Transfers und die Ungleichheiten zwischen Europäern stark vermindern. Es bedeutet sicher ein Risiko der Instabilität und der Abnutzung zugunsten des Anglo-Amerikanischen, wenn nicht sehr strikte Begleitmaßnahmen ergriffen werden (10).
- Die gegenseitige Verständigung innerhalb jeder Sprachenfamilie vorantreiben, z.B. innerhalb der romanischen, slawischen, oder germanischen Sprachen, so wie das bereits innerhalb der skandinavischen Sprachen der Fall ist; dies könnte eine kurz- und mittelfristige Lösung sein (13). Unter gegenseitiger Verständigung versteht man die Fähigkeit, eine Fremdsprache zu verstehen ohne sie sprechen oder schreiben zu können: jeder spricht und schreibt seine eigene Sprache und kann die des anderen verstehen und lesen (15). Wenn dies auch den Austausch innerhalb einer linguistischen Familie begünstigt, so ist es doch nicht ausreichend für einen wirklichen

öffentlichen Raum in Europa. Was sich jeder schon einmal angewöhnen könnte, wäre lange aber unmissverständliche Ausdrücke zu bevorzugen, anstelle von synthetischen Begriffen oder Ausdrücken, die je nach Milieu und Kultur verschieden verstanden werden.

- Dem Esperanto die Rolle einer gemeinsamen Sprache für die zukünftigen Generationen zuerkennen. Es ist eine künstliche Sprache, dem modernen Hebräisch vergleichbar, das sich dennoch in Israel durchgesetzt hat. Da es die Sprache keines bestimmten Landes ist, würde seine Verwendung kein Land in wirtschaftlicher oder symbolischer Hinsicht bevorzugen. Seine Verwendung würde eine Nettoersparnis von rund 25 Milliarden Euro für ganz Europa (Großbritannien und Irland eingeschlossen) und von nahezu 5 Milliarden für Frankreich bedeuten (10). Es ist eine Sprache, die sehr viel leichter zu erlernen ist als alle anderen Sprachen: während man 1500 Stunden braucht, um ein Standardniveau im Englischen zu erreichen, nimmt man an, dass man 3 – 10 mal weniger Stunden braucht, um ein entsprechendes Niveau in Esperanto zu erreichen (10, 16, 17). Es würde genügen, nur den Unterricht in Esperanto zur Pflicht zu machen, zusätzlich zur Landessprache; jede andere Sprache könnte wahlweise erlernt werden. Heute ist es eine Sprache, die noch kaum eine kulturelle Tradition hat und die noch nicht sehr durch denkerische Aktivität bereichert wurde; aber wieso sollte es nicht zu einer Kultursprache werden, der Zement für die Bürger Europas? Die allgemeine Konferenz der Unesco von 1985 erkannte « die großen Möglichkeiten, die das Esperanto für die internationale Verständigung und für die Kommunikation zwischen den verschiedenen Völkern und Nationalitäten bietet ». Die Ablehnung, die es häufig erfährt, sollte dagegen überwunden werden, vor allem durch Information und einen gemeinsamen Willen.

Auf jeden Fall ist ein starker politischer Wille nötig, um diese Träger des direkten Austausches und der gemeinsamen Identität der BürgerInnen Europas zu institutionalisieren, da es nur dank des staatlichen Eingreifens möglich war, dass gewisse Sprachen (Ungarisch, Finnisch, Tschechisch, Estnisch, modernes Hebräisch usw.) überlebt oder sich an die moderne Zeit angepasst haben (7).

Kontakt : robert.joumard@wanadoo.fr

Übersetzung : Barbara Kratky und Manuela Zine, Coorditrad

Quellenangaben

1. Mort d'une liberté. Techniques et politique de l'information. J. Kayser, Plon, 1955.
2. Pour une appropriation populaire des médias. Groupe de travail "médias" du Parti communiste français, novembre 2005, 26 p. www.forum-alternative.fr/IMG/pdf/note_media.pdf
3. Quelle Europe construire ? Les termes du débat. R. Joumard, H. Paraton, M. Christian & JF. Escuit, 2007, 46 p. http://etienne.chouard.free.fr/Europe/messages_recus/Quelle_Europe_construire.rtf ; version espagnole : http://etienne.chouard.free.fr/Europe/messages_recus/Que_Europa_construir.rtf
4. Les « intraduisibles » en sciences sociales. B. Cassin, Traduire, n°212, 2007, p. 51-61.
5. LTI, la langue du IIIe Reich. Carnets d'un philologue. Victor Klemperer, trad. fr. E. Guillot, Albin Michel, 1996 [Leipzig, 1975].
6. Don't speak English, Parlez globish ? J-P. Nerrière, Eyrolles, 2e éd. mise à jour et complétée, 2006.
7. Combat pour le français. C. Hagège, Odile Jacob, Paris, 2006, 244 p.
8. Être et parler français. P.M. Coûteaux, Perrin, 2006, 400 p.
9. L'antinomie linguistique – Quelques enjeux politiques. J. Trabant, in M. Werner (dir.), Politiques et usages de la langue en Europe, éd. MSH, 2007, p. 67-79
10. L'enseignement des langues étrangères comme politique publique. F. Grin, Haut conseil de l'évaluation de l'école, Paris, 2005, 125 p. http://cisad.adc.education.fr/hcee/documents/rapport_Grin.pdf
11. Dialogo delle lingue. S. Speroni, 1542, in M. Pozzi (dir.), Discussioni linguistiche del Cinquecento, Turin, UTET, 1988, p. 279-335.
12. La traduction des brevets : quand la technique rencontre le droit. J. Combeau, Traduire, n°212, 2007, p. 62-69
13. Un monde polyglotte pour échapper à la dictature de l'anglais. B. Cassin, Le Monde Diplomatique, janvier 2005, 6 p. www.monde-diplomatique.fr/2005/01/CASSEN/11819
14. Une constitution européenne. R. Badinter, octobre 2002. www.aidh.org/Europe/Conv_05badin.htm
15. Einige europäischen Universitäten haben Projekte und gegenseitige Verständigungsprogramme entwickelt, u.a. den GALATEA Projekt : <http://www.u-grenoble3.fr/galatea/> et <http://www.galanet.eu>.
16. L'espéranto. B. Flochon, in Gauthier (éd.), Langues : une guerre à mort, Panoramiques, n°48, 2000, p. 89-95.
17. Studio della commissione sulla lingua internazionale. Ministero delle pubblica istruzione, Bolletino ufficiale del Ministero delle pubblica iztruzione, n°21-22, 1995, p. 7-43.